

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/205127]

26. SEPTEMBER 2016 — Dekret über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Europaklausel

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates;

2. Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

Art. 3 - Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets sind im deutschen Sprachgebiet anwendbar auf:

1. die in Artikel 4 Nummern 1 und 2 genannten Personen;
2. alle Einrichtungen, die in gleich welcher Eigenschaft an der Ausführung der Opferhilfe und der spezialisierten Opferhilfe beteiligt sind.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Opfer:
 - a) ungeachtet ihres Alters eine natürliche Person, die eine körperliche, geistige oder seelische Schädigung oder einen wirtschaftlichen Verlust, der direkte Folge einer Straftat ist, erlitten hat;
 - b) Familienangehörige einer Person, deren Tod eine direkte Folge einer Straftat ist, und die durch den Tod dieser Person eine Schädigung erlitten haben;
2. Familienangehörige: Ehepartner des Opfers, die Person, die mit dem Opfer stabil und dauerhaft in einer festen intimen Lebensgemeinschaft zusammenlebt und mit ihm einen gemeinsamen Haushalt führt sowie die Angehörigen in direkter Linie, die Geschwister und die Unterhaltsberechtigten;
3. Kind: Person, die ihr 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
4. Opferhilfe: eine den Bedürfnissen des Opfers entsprechende sozial-psychologische Hilfe für Opfer, die mit Problemen infolge einer Viktimisierung durch eine Straftat konfrontiert sind;
5. spezialisierte Opferhilfe: eine gezielte und integrierte multidisziplinäre Hilfe spezifisch für Opfer mit besonderen Bedürfnissen, die mit Problemen infolge einer Viktimisierung durch eine bestimmte Straftat konfrontiert sind.

Art. 5 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

KAPITEL 2 — OPFERHILFE UND SPEZIALISIERTE OPFERHILFE

Art. 6 - Aufgaben der Einrichtungen für Opferhilfe

Die für die Opferhilfe zuständigen Einrichtungen nehmen folgende Aufgaben wahr:

1. sie kontaktieren das Opfer, das ihnen vermittelt wurde;
2. sie bieten entsprechend den Bedürfnissen des Opfers eine sozial-psychologische Hilfe an. Diese Hilfe ist auf die direkten und indirekten Ursachen und Folgen der Straftat ausgerichtet. Sie dient der Überwindung und/oder der Erholung von erlittenen Schädigungen und von Traumata infolge einer Straftat;
3. unbeschadet der Zuständigkeiten der Föderalbehörde begleiten sie das Opfer in seinem Vorgehen, um die Folgen der Viktimisierung und der sekundären Viktimisierung zu überwinden;
4. sie setzen eine individuelle Begutachtung des Opfers zur Einschätzung der in Nummer 2 genannten Bedürfnisse um. Bei dieser Einschätzung wird die Schwere der Straftat und das Ausmaß der Schädigung sowie der Traumata berücksichtigt;
5. sie erleichtern den Zugang zu den Dienstleistern des Gesundheitssektors, insofern die in Nummer 2 vorgesehene Hilfe es erfordert;
6. sie leiten bei Bedarf an Einrichtungen für die spezialisierte Opferhilfe weiter.

Art. 7 - Aufgaben der Einrichtungen für spezialisierte Opferhilfe

Die für die spezialisierte Opferhilfe zuständigen Einrichtungen nehmen folgende Aufgaben wahr:

1. sie kontaktieren das Opfer, das ihnen vermittelt wurde;
2. sie bieten eine gezielte und integrierte multidisziplinäre Hilfe spezifisch für Opfer mit besonderen Bedürfnissen an. Diese Hilfe ist auf die direkten und indirekten Ursachen und Folgen der Straftat ausgerichtet. Sie dient der Überwindung und/oder der Erholung von erlittenen Schädigungen und von Traumata infolge einer Straftat;
3. unbeschadet der Zuständigkeit der Föderalbehörde, begleiten sie das Opfer in seinem Vorgehen, um die Folgen der Viktimisierung und der sekundären Viktimisierung zu bewältigen, und streben die Vermeidung der wiederholten Viktimisierung an;
4. sie setzen eine individuelle Begutachtung des Opfers zur Einschätzung der in Nummer 2 genannten besonderen Bedürfnisse um;
5. sie berücksichtigen zur Einschätzung der besonderen Bedürfnisse der Opfer folgende Kriterien:
 - a) die Schwere der Straftat und das Ausmaß der Schädigung sowie der Traumata;
 - b) die Art der Straftat, insbesondere bei Opfern von sexueller Gewalt, Opfern von geschlechtsbezogener Gewalt und Opfern von Gewalt in engen Beziehungen;
 - c) die Aussetzung zur wiederholten Gewalt durch enge Beziehungen zwischen Opfer und Täter;
 - d) das Alter des Opfers, insbesondere bei Opfern im Kindesalter;
6. sie ermöglichen eine Unterkunft oder eine sonstige geeignete vorläufige Unterbringung für Opfer, die aufgrund unmittelbaren Risikos von sekundärer und wiederholter Viktimisierung einen sicheren Aufenthaltsort benötigen;
7. sie erleichtern den Zugang zu den Dienstleistern des Gesundheitssektors, insofern die in Nummer 2 vorgesehene Hilfe es erfordert;
8. für Opfer im Kindesalter bzw. für Opfer, deren Alter nicht festgestellt werden konnte und bei denen es Gründe für die Annahme gibt, dass es sich bei ihnen um ein Kind handelt:
 - a) unabhängig von seiner Bereitschaft, bei den strafrechtlichen Ermittlungen, der strafrechtlichen Verfolgung oder beim Gerichtsverfahren zu kooperieren, unterstützen, betreuen und schützen sie das Kind, sobald berechtigte Gründe für die Annahme vorliegen, dass eine Straftat verübt worden sein könnte;
 - b) sie stellen sicher, dass die spezifischen Maßnahmen, die die Opfer im Kindesalter bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen sollen und ihrer Betreuung dienen, erst ergriffen werden, nachdem die besonderen Umstände jedes Opfers im Kindesalter einzeln untersucht und die Ansichten, Bedürfnisse und Sorgen des Kindes gebührend berücksichtigt wurden.

Art. 8 - Bearbeitung der Anfragen

Die Anfragen auf Opferhilfe und/oder spezialisierte Opferhilfe werden ohne Wartezeit bearbeitet.

Art. 9 - Kostenlosigkeit

Die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe sind für die Opfer kostenlos.

Art. 10 - Schulung

Die Einrichtungen tragen dafür Sorge, dass die Personen, die die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe leisten, eine ihrem Kontakt mit den Opfern angemessene Schulung erhalten und die beruflichen Verhaltensregeln beachten, mit denen sichergestellt wird, dass sie ihre Tätigkeit unvoreingenommen, respektvoll, einfühlsam und professionell ausführen.

Entsprechend den jeweiligen Aufgaben, der Art und Intensität des Kontakts mit den Opfern muss die Schulung darauf abzielen, die Opfer respektvoll, professionell und diskriminierungsfrei anzuerkennen und zu behandeln.

KAPITEL 3 — BEZEICHNUNG UND BEZUSCHUSSUNG VON EINRICHTUNGEN**Art. 11 - Bezeichnung**

Die Regierung bezeichnet eine oder mehrere Einrichtungen, die mit der Opferhilfe und/oder der spezialisierten Opferhilfe befasst sind. Diese Einrichtungen entsprechen folgenden Kriterien:

1. die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets einhalten;
2. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder von einer öffentlichen Behörde abhängig sein;
3. Dienstleistungen der Opferhilfe und/oder der spezialisierten Opferhilfe im deutschen Sprachgebiet anbieten;
4. über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
5. die Kontrolle der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets akzeptieren.

Art. 12 - Bezuschussung

Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen den in Artikel 11 erwähnten Einrichtungen Zuschüsse gewähren.

Die Bezuschussung und eine weitere Aufgabenbeschreibung kann im Rahmen von Geschäftsführungsverträgen gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen den Einrichtungen und der Regierung festgelegt werden.

Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 26. September 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—————
Fußnote

Sitzungsperiode 2016-2017

Nummerierte Dokumente: 136 (2015-2016) Nr. 1 Dekretentwurf.

136 (2015-2016) Nr. 2 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 26. September 2016 - Nr. 30 Diskussion und Abstimmung.

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2016/205127]

26 SEPTEMBRE 2016. — Décret relatif à l'aide aux victimes et à l'aide spécialisée aux victimes

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — DISPOSITIONS GENERALES

Article 1^{er}. Clause européenne

Le présent décret transpose partiellement les directives suivantes :

1° la Directive 2011/93/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 relative à la lutte contre les abus sexuels et l'exploitation sexuelle des enfants, ainsi que la pédopornographie et remplaçant la décision-cadre 2004/68/JAI du Conseil;

2° la Directive 2012/29/UE du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2012 établissant des normes minimales concernant les droits, le soutien et la protection des victimes de la criminalité et remplaçant la décision-cadre 2001/220/JAI du Conseil.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

Art. 3. Champ d'application

Les dispositions du présent décret s'appliquent en région de langue allemande :

1° aux personnes mentionnées à l'article 4, 1° et 2°;

2° à tous les organismes qui, à quelque titre que ce soit, sont parties prenantes à l'application de l'aide aux victimes et de l'aide spécialisée aux victimes;

Art. 4. Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° victime :

a) toute personne physique, quel que soit son âge, ayant subi un préjudice, y compris une atteinte à son intégrité physique, mentale ou émotionnelle, ou une perte matérielle, qui a été directement causé par une infraction pénale;

b) les membres de la famille d'une personne dont le décès résulte directement d'une infraction pénale et qui ont subi un préjudice du fait du décès de cette personne;

2° membres de la famille : le conjoint, la personne qui est engagée dans une relation intime, stable et continue avec la victime et vit en ménage avec elle, les parents en ligne directe, les frères et sœurs et les personnes qui sont à la charge de la victime;

3° enfant : la personne qui n'a pas 18 ans accomplis;

4° aide aux victimes : une aide sociopsychologique répondant aux besoins de la victime, accordée aux victimes qui sont confrontées à des problèmes résultant d'une victimisation à la suite d'une infraction;

5° aide spécialisée aux victimes : une aide ciblée, intégrée et multidisciplinaire, spécifique pour les victimes ayant des besoins particuliers et confrontées à des problèmes résultant d'une victimisation à la suite d'une infraction.

Art. 5. Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, les personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

CHAPITRE 2. — AIDE AUX VICTIMES ET AIDE SPECIALISEE AUX VICTIMES

Art. 6. Missions des organismes chargés de l'aide aux victimes

Les organismes chargés de l'aide aux victimes assurent les missions suivantes :

- 1° ils contactent la victime qui a été redirigée vers eux;
- 2° ils proposent à la victime une aide sociopsychologique répondant à ses besoins. Cette aide se concentre sur les causes et conséquences directes et indirectes de l'infraction. Elle sert à surmonter et/ou à se remettre des dommages subis et des traumatismes résultant d'une infraction;
- 3° nonobstant la compétence de l'autorité fédérale, ils accompagnent la victime dans son approche pour surmonter les conséquences de la victimisation et de la victimisation secondaire;
- 4° ils examinent individuellement la victime afin d'estimer les besoins mentionnés au 2°. Lors de cette estimation, il est tenu compte de la gravité de l'infraction et de l'ampleur des dommages et traumatismes;
- 5° ils facilitent l'accès aux prestataires de services actifs dans le secteur de la santé, dans la mesure où l'aide prévue au 2° est requise;
- 6° si nécessaire, ils dirigent vers les organismes d'aide spécialisée aux victimes.

Art. 7. Missions des organismes chargés de l'aide spécialisée aux victimes

Les organismes chargés de l'aide spécialisée aux victimes assurent les missions suivantes :

- 1° ils contactent la victime qui a été redirigée vers eux;
- 2° ils offrent une aide ciblée, intégrée et multidisciplinaire, spécifique pour les victimes ayant des besoins particuliers. Cette aide se concentre sur les causes et conséquences directes et indirectes de l'infraction. Elle sert à surmonter et/ou à se remettre des dommages subis et des traumatismes résultant d'une infraction;
- 3° nonobstant la compétence de l'autorité fédérale, ils accompagnent la victime dans son approche pour surmonter les conséquences de la victimisation et de la victimisation secondaire; ils tentent d'éviter une répétition de la victimisation;
- 4° ils examinent individuellement la victime afin d'estimer les besoins spécifiques mentionnés au 2°;
- 5° pour estimer les besoins spécifiques des victimes, ils tiennent compte des critères suivants :
 - a) de la gravité de l'infraction et de l'ampleur des dommages et traumatismes;
 - b) de la nature de l'infraction, surtout pour les victimes de violence sexuelle, de violence liée au sexe et de violence dans les relations intimes;
 - c) de l'exposition à des violences répétées en raison des relations étroites existant entre la victime et l'auteur;
 - d) de l'âge de la victime, notamment lorsqu'il s'agit d'enfants;
- 6° ils permettent l'hébergement ou un placement spécial provisoire adapté pour les victimes qui, en raison d'un risque direct de victimisation secondaire et répétée, ont besoin d'un lieu de séjour sûr;
- 7° ils facilitent l'accès aux prestataires de services actifs dans le secteur de la santé, dans la mesure où l'aide prévue au 2° est requise;
- 8° pour les enfants victimes ou, selon le cas, les victimes dont l'âge n'a pu être établi et pour lesquelles il existe des raisons de supposer qu'il s'agit d'un enfant :
 - a) indépendamment de la disposition de l'enfant à coopérer à l'enquête pénale, aux poursuites pénales ou à la procédure judiciaire, ils le soutiennent, l'accompagnent et le protègent dès qu'il existe des raisons légitimes de supposer qu'une infraction a pu être commise;
 - b) ils garantissent que les mesures spécifiques devant aider l'enfant victime et l'encadrer dans le respect de ses droits seront seulement prises après que les circonstances propres à chaque enfant victime auront été examinées au cas par cas et que l'opinion de l'enfant, ses besoins et ses préoccupations auront été dûment pris en considération.

Art. 8. Examen des demandes

Les demandes d'aide aux victimes et/ou d'aide spécialisée aux victimes sont traitées sans délai.

Art. 9. Gratuité

L'aide aux victimes et l'aide spécialisée aux victimes est gratuite.

Art. 10. - Formation

Les organismes veillent à ce que les personnes assurant l'aide ou l'aide spécialisée aux victimes bénéficient d'une formation adaptée à leur contact avec les victimes et respectent les règles déontologiques garantissant qu'ils mèneront leur activité de manière impartiale, respectueuse, attentionnée et professionnelle.

Selon la mission concernée, la nature et l'intensité des contacts avec les victimes, la formation doit avoir pour objectif de reconnaître les victimes et de les traiter de manière respectueuse, professionnelle et non discriminatoire.

CHAPITRE 3. — DESIGNATION ET SUBVENTIONNEMENT DES ORGANISMES

Art. 11. Désignation

Le Gouvernement désigne un ou plusieurs organismes chargés d'assurer l'aide aux victimes et/ou l'aide spécialisée aux victimes. Ces organismes répondent aux critères suivants :

- 1° respecter les dispositions du présent décret;
- 2° être constitué en association sans but lucratif ou dépendre d'une autorité publique;
- 3° proposer en région de langue allemande des prestations de l'aide aux victimes et/ou de l'aide spécialisée aux victimes;
- 4° disposer de personnel qualifié répondant aux exigences minimales fixées par le Gouvernement;
- 5° accepter le contrôle du Gouvernement quant à l'application du présent décret.

Art. 12. Subventionnement

Le Gouvernement peut, dans les limites des crédits budgétaires disponibles et aux conditions fixées par lui, octroyer des subsides aux organismes mentionnés à l'article 11.

La subsidiation et les missions plus précises peuvent être fixées dans le cadre d'un contrat de gestion conclu entre les organismes et le Gouvernement conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés s'opère conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 septembre 2016.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

Mme I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2016-2017.

Documents parlementaires : 136 (2015-2016), n° 1. Projet de décret.

136 (2015-2016), n° 2. Rapport.

Compte rendu intégral : 26 septembre 2016, n° 30. Discussion et vote.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/205127]

26 SEPTEMBER 2016. — Decreet betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1. Europese clause

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de volgende richtlijnen :

1° Richtlijn 2011/93/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 ter bestrijding van seksueel misbruik en seksuele uitbuiting van kinderen en kinderpornografie, en ter vervanging van Kaderbesluit 2004/68/JBZ van de Raad;

2° Richtlijn 2012/29/EU van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 tot vaststelling van minimumnormen voor de rechten, de ondersteuning en de bescherming van slachtoffers van strafbare feiten, en ter vervanging van Kaderbesluit 2001/220/JBZ.

Art. 2. Verwijzingen naar personen

Bij verwijzing naar personen wordt hierna de mannelijke vorm gebruikt.

Art. 3. Toepassingsgebied

De bepalingen van dit decreet zijn in het Duitse taalgebied van toepassing op :

1° de personen vermeld in artikel 4, 1° en 2°;

2° alle instellingen die, in welke hoedanigheid ook, betrokken zijn bij de uitvoering van de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp.

Art. 4. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° slachtoffer :

a) ongeacht de leeftijd, een natuurlijke persoon die als rechtstreeks gevolg van een strafbaar feit schade, met inbegrip van lichamelijke, geestelijke of emotionele schade of economisch nadeel, heeft geleden;

b) familieleden van een persoon wiens overlijden rechtstreeks veroorzaakt is door een strafbaar feit en die schade hebben geleden als gevolg van het overlijden van die persoon;

2° familieleden : de echtgenoot, de persoon die met het slachtoffer in een vaste intieme relatie, in een gemeenschappelijk huishouden en duurzaam en ononderbroken samenwoont, de bloedverwanten in rechte lijn, de broers en zussen, en de onderhoudsgerechtigden;

3° kind : persoon die de volle leeftijd van achttien jaar nog niet bereikt heeft;

4° slachtofferhulp : sociaal-psychologische hulp voor slachtoffers die problemen hebben als gevolg van een victimisatie door een strafbaar feit, afgestemd op de behoeften van het slachtoffer;

5° gespecialiseerde slachtofferhulp : gerichte en geïntegreerde multidisciplinaire hulp, specifiek voor slachtoffers met specifieke behoeften die problemen hebben als gevolg van een victimisatie door een bepaald strafbaar feit.

Art. 5. Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

HOOFDSTUK 2. — SLACHTOFFERHULP EN GESPECIALISEERDE SLACHTOFFERHULP

Art. 6. Taken van de instellingen voor slachtofferhulp

De instellingen die bevoegd zijn voor slachtofferhulp hebben de volgende taken :

1° ze nemen contact op met het slachtoffer dat naar hen werd doorverwezen;

2° ze bieden sociaal-psychologische hulp aan, afgestemd op de behoeften van het slachtoffer. Die hulp is gericht op de directe en indirecte oorzaken en gevolgen van het strafbaar feit. Ze heeft tot doel van schade en trauma's als gevolg van een strafbaar feit te herstellen en/of schade en trauma's als gevolg van een strafbaar feit te boven te komen;

3° onverminderd de bevoegdheden van de federale overheid begeleiden ze het slachtoffer bij de stappen die het onderneemt om de gevolgen van de victimisatie en de secundaire victimisatie te boven te komen;

4° ze voeren een individuele beoordeling van het slachtoffer voor de inschatting van de behoeften vermeld in 2° uit. Bij die inschatting wordt rekening gehouden met de ernst van het strafbare feit en met de mate waarin het slachtoffer schade heeft geleden en trauma's heeft opgelopen;

5° ze vergemakkelijken de toegang tot de dienstverrichters van de gezondheidssector, voor zover de hulp bedoeld in 2° dat vereist;

6° indien nodig verwijzen ze het slachtoffer door naar instellingen voor gespecialiseerde slachtofferhulp.

Art. 7. Taken van de instellingen voor gespecialiseerde slachtofferhulp

De instellingen die bevoegd zijn voor gespecialiseerde slachtofferhulp hebben de volgende taken :

1° ze nemen contact op met het slachtoffer dat naar hen werd doorverwezen;

2° ze bieden gerichte en geïntegreerde multidisciplinaire hulp aan die specifiek bestemd is voor slachtoffers met specifieke behoeften. Die hulp is gericht op de directe en indirecte oorzaken en gevolgen van het strafbaar feit. Ze heeft tot doel van schade en trauma's als gevolg van een strafbaar feit te herstellen en/of schade en trauma's als gevolg van een strafbaar feit te boven te komen;

3° onverminderd de bevoegdheid van de federale overheid, begeleiden ze het slachtoffer bij de stappen die het onderneemt om de gevolgen van de victimisatie en de secundaire victimisatie te boven te komen en trachten ze herhaalde victimisatie te voorkomen;

4° ze voeren een individuele beoordeling van het slachtoffer voor de inschatting van de specifieke behoeften vermeld in 2° uit;

5° voor de inschatting van de specifieke behoeften van de slachtoffers houden ze rekening met de volgende criteria :

a) de ernst van het strafbare feit en de mate waarin het slachtoffer schade heeft geleden en trauma's heeft opgelopen;

b) de aard van het strafbaar feit, in het bijzonder bij slachtoffers van seksueel geweld, slachtoffers van gendergerelateerd geweld en slachtoffers van geweld in hechte relaties;

c) de blootstelling aan herhaald geweld door de hechte relatie tussen het slachtoffer en de dader;

d) de leeftijd van het slachtoffer, in het bijzonder bij kindslachtoffers;

6° ze bieden een toevluchtsoord of andere passende tussentijdse opvang voor slachtoffers die wegens een dreigend risico van secundaire en herhaalde victimisatie een veilige schuilplaats nodig hebben;

7° ze vergemakkelijken de toegang tot de dienstverrichters van de gezondheidssector, voor zover de hulp bedoeld in 2° dat vereist;

8° voor kindslachtoffers of, naargelang van het geval, slachtoffers bij wie er onzekerheid over de leeftijd bestaat en bij wie er redenen zijn om aan te nemen dat het om een kind gaat :

a) onafhankelijk van de bereidheid van het slachtoffer om aan het strafrechtelijk onderzoek, de strafrechtelijke vervolging of het proces mee te werken, ondersteunen, begeleiden en beschermen ze het kind, zodra er gegronde redenen zijn om aan te nemen dat een strafbaar feit kan zijn gepleegd;

b) ze zorgen ervoor dat de specifieke maatregelen die kindslachtoffers bij het uitoefenen van hun rechten moeten ondersteunen en begeleiden, eerst genomen worden nadat de bijzondere omstandigheden van elk kindslachtoffer geval per geval onderzocht zijn en voldoende rekening is gehouden met de meningen, behoeften en zorgen van het kind.

Art. 8. Behandeling van de aanvragen

De aanvragen om slachtofferhulp en/of gespecialiseerde slachtofferhulp worden zonder wachttijd behandeld.

Art. 9. Kosteloosheid

De slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp zijn kosteloos voor de slachtoffers.

Art. 10. Opleiding

De instellingen zorgen ervoor dat de personen die slachtofferhulp en gespecialiseerde slachtofferhulp aanbieden, een passende opleiding krijgen op een niveau dat aangepast is aan hun contact met het slachtoffer, en professionele normen in acht nemen waardoor gegarandeerd wordt dat zij hun werkzaamheden op een onpartijdige, respectvolle en professionele manier verrichten.

Overeenkomstig de betrokken taken en volgens de aard en de mate van het contact met de slachtoffers, is de opleiding erop gericht slachtoffers te erkennen en op een respectvolle, professionele en niet-discriminerende manier te bejegenen.

HOOFDSTUK 3. — AANWIJZING EN SUBSIDIERING VAN INSTELLINGEN

Art. 11. Aanwijzing

De Regering wijst één of meer instellingen aan die slachtofferhulp en/of gespecialiseerde slachtofferhulp bieden. Die instellingen voldoen aan de volgende criteria :

- 1° de bepalingen van dit decreet naleven;
- 2° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn of onder een openbare overheid ressorteren;
- 3° diensten inzake slachtofferhulp en/of gespecialiseerde slachtofferhulp in het Duitse taalgebied aanbieden;
- 4° over gekwalificeerd personeel beschikken dat aan de door de Regering vastgelegde minimale voorwaarden voldoet;
- 5° de controle van de Regering met betrekking tot de toepassing van dit decreet aanvaarden.

Art. 12. Subsidiering

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering, onder de voorwaarden die zij bepaalt, subsidie toekennen aan de instellingen vermeld in artikel 11.

De instellingen en de Regering kunnen de subsidiëring en een nadere taakomschrijving vastleggen in het kader van beheerscontracten overeenkomstig artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 26 september 2016.

O. PAASCH

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2016-2017.

Parlementaire stukken : 136 (2015-2016), nr. 1. Ontwerp van decreet.

136 (2015-2016), nr. 2. Verslag.

Integraal verslag : 26 september 2016, nr. 3. Bespreking en aanneming.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/205136]

7. JULI 2016 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 24. Juni 2008 zur Ausführung des Dekretes vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes, Artikel 16 Absatz 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Juni 2008 zur Ausführung des Dekretes vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 22. März 2016;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 25. März 2016;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 59.364/3 des Staatsrates, das am 30. Mai 2016 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Kultur;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 24. Juni 2008 zur Ausführung des Dekretes vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 1 wird die Wortfolge "die zuständige Abteilung" durch die Wortfolge "der für Kultur zuständige Fachbereich" ersetzt;

2. folgende Nummer 8 wird eingefügt:

«8. der Minister: der für Kultur zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 2 - Artikel 13 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«Art. 13 - Periodika